

Beschluss der LDK Göttingen am 26. August 2006

Resolution zur Flüchtlingspolitik

Für ein Leben in Würde

- In Niedersachsen leben ca. 20000 geduldete Flüchtlinge, davon ca. 15000 seit mehr als 5 Jahren. Ihre Hoffnungen, mit dem neuen Zuwanderungsgesetz könne sich ihre rechtliche Situation verbessern, haben sich zerschlagen. Das Zuwanderungsgesetz hatte in den Regelungen des humanitären Aufenthalts versucht, langfristig geduldeten Flüchtlingen ein Aufenthaltsrecht zu ermöglichen. Dieser Versuch hat nicht zu dem vom Gesetzgeber erwünschten Ergebnis geführt. Im Gegenteil, die Lage vieler geduldeter Flüchtlinge in Niedersachsen ist durch die von Innenminister Schönemann verfügte restriktive Auslegung des Gesetzes zusätzlich verschärft worden. Mit seiner gnadenlosen Abschiebepaxis verschont er weder Kinder und Jugendliche noch Kranke und Traumatisierte. Der Fall Zahra Kameli ist noch allen in Erinnerung. Ausschließlich dem Piloten war es zu verdanken, dass die junge Iranerin nicht abgeschoben wurde. Mit einem unsicheren Duldungsstatus zu leben, heißt: ständig mit der Abschiebung zu rechnen, sich aber gleichzeitig auf einen längeren Aufenthalt einzurichten und seinen Lebensunterhalt mit Wertgutscheinen zu bestreiten und der Residenzpflicht zu unterliegen. Eltern wird der Zugang zum Arbeitsmarkt verweigert und Jugendlichen fehlt durch das Ausbildungsverbot jegliche Zukunftsperspektive. Für Familien mit hier aufgewachsenen Kindern ergibt sich durch langjährigen Aufenthalt eine besonders prekäre Situation. Die Kinder haben keine Beziehungen mehr zum Heimatland ihrer Eltern. Sie sind hier integriert, gehen zur Schule und in den Kindergarten und engagieren sich im Vereinsleben. Diese Kinder und Jugendliche sind hier aufgewachsen. Sie gehören zu uns. Gemeinsam mit den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, zahlreichen Flüchtlingsverbänden und Initiativen fordern die niedersächsischen Grünen mehr Menschlichkeit bei dem Umgang mit geduldeten Flüchtlingen. Wer betont, dass Integration ein notwendiger Bestandteil von Migrationspolitik ist, muss zuallererst denjenigen, die sich bereits in unsere Gesellschaft integriert haben, eine Chance zu einem menschenwürdigen und teilhabeberechtigtem Leben geben. Bündnis90/ Die Grünen fordern einen Schluss mit den halbherzigen Lösungen. Wir fordern eine humanitäre Bleiberechtsregelung, die insbesondere Eltern **und** ihren Kindern eine Zukunftsperspektive eröffnet, die unabhängig von der Voraussetzung der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts ist. Wir fordern, den Zugang zum Arbeitsmarkt für geduldete Flüchtlinge zu öffnen und Jugendlichen uneingeschränkt Zugang zum Ausbildungsmarkt zu ermöglichen.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Unterbringung von Flüchtlingen in Aufnahmelagern zu beenden, keine kranken und traumatisierten Flüchtlinge abzuschicken, die getrennte Abschiebung von Familien zu verhindern und die Abschiebehaft von Minderjährigen zu verbieten.

Niedersachsen muss die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen für langjährig geduldete Flüchtlinge verbessern. Die gegenwärtige Praxis ist inhuman und inakzeptabel.